

Die andere Seite der Zivilgesellschaft – Sozialwissenschaftliche Erkundungen der Dresdner Pegida-Bewegung

Frank Decker

Auf der Landkarte des europäischen Rechtspopulismus war die Bundesrepublik Deutschland lange Zeit ein weißer Fleck. Mit dem Aufkommen der euro(pa)kritischen Alternative für Deutschland (AfD) hat sich das mittlerweile geändert. Bei der Bundestagswahl 2013 noch knapp an der Fünf-Prozent-Marke gescheitert, gelang dem Neuankommeling ein gutes Jahr nach seiner Gründung bei den Europawahlen Ende Mai 2014 mit 7,1 Prozent der Stimmen ein eindrucksvoller Erfolg. Noch weitaus bessere Ergebnisse erzielte er bei den im Spätsommer folgenden Landtagswahlen in den ostdeutschen Ländern Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Stellt die Ankunft des neuen Rechtspopulismus im deutschen Parteiensystem eine Annäherung an den (west)europäischen Normalzustand dar, der bei ausländischen Beobachtern zwar aufmerksames Interesse, aber keine wirkliche Besorgnis auslöste, so rieben sich dieselben Beobachter erstaunt die Augen, als im Gefolge der ostdeutschen AfD-Wahlerfolge eine Bewegung namens Pegida (*Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes*) in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden seit Oktober 2014 tausende von Menschen Woche für Woche zu Massendemonstrationen auf die Straße lockte. Die aus einer Facebook-Gruppe hervorgegangene Pegida bildete rasch Ableger in anderen ost- und westdeutschen und sogar ausländischen Städten (Wien, Kopenhagen, Newcastle). Deren Zulauf blieb aber nicht nur deutlich hinter dem Dresdner Original, sondern auch hinter den nun geballt einsetzenden Gegendemonstrationen zurück. Letztere waren in ihrer Wirkung insofern ambivalent, als sie die mediale Aufmerksamkeit für Pegida über Gebühr verstärkten. Tatsächlich handelte und handelt es sich bei Pegida in hohem Maße um ein regionales (ostdeutsches und sächsi-



Prof. Dr. Frank Decker

Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn

Lars Geiges / Stine Marg / Franz Walter,
Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft,
Bielefeld 2015. ISBN: 978-3-8376-3192-0



sches) beziehungsweise lokales (Dresdner) Phänomen. Dass der Rechtspopulismus in den neuen Ländern ein günstigeres Terrain vorfindet als in den alten, lässt sich auch an den Wahlergebnissen der AfD ablesen.

Wenn dem so ist, bleibt allerdings die Frage, warum der Rechtspopulismus in Deutschland erst seit jüngster Zeit so lautstark auftritt und organisatorische Strukturen ausbildet. Aus der vergleichenden Forschung weiß man, dass es in der Regel einer bestimmten gesellschaftlichen Krisenkonstellation bedarf – der amerikanische Historiker Lawrence Goodwyn spricht von „populistischen Momenten“ –, um solche Parteien und Bewegungen hervorzubringen. Im Falle der AfD war dies die Finanz- und Eurokrise. Sie öffnete das Gelegenheitsfenster für eine neue EU-kritische Partei, deren programmatische Kernforderungen – kontrollierte Auflösung der Währungsunion und Absage an eine weitere Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses – beste Voraussetzungen boten, um daran eine breitere rechtspopulistische Plattform anzudocken.

Größere Rätsel als die AfD gibt aus vergleichender Sicht Pegida auf. Dass eine im bürgerlich-konservativen Lager angesiedelte Organisation auf Formen der politischen Partizipation zurückgreift, die man eher aus dem linken Spektrum kennt, ist an sich schon ungewöhnlich. Die Befragungen und teilnehmenden Beobachtungen der Göttinger Forschergruppe um Franz Walter bestätigen, dass der Typus des routinierten Demonstrationsteilnehmers, der z.B. bei den Protesten gegen den Bahnhofsneubau „Stuttgart 21“ in der Mehrheit war, bei Pegida nur eine Randerscheinung darstellt. Der durchschnittliche Pegidist ist mittelalt, männlich, in familiäre Strukturen eingebunden, befindet sich in einer Vollzeitstellung und verfügt über einen mittleren bis gehobenen Bildungsabschluss. Die überwiegende Mehrheit der Demonstranten verortet sich im liberal-konservativen Lager, wobei die AfD als bevorzugte Partei deutlich vor der CDU liegt. Umgekehrt äußern in einer repräsentativen Umfrage unter allen Wählern 76 Prozent der AfD-Wähler Verständnis für Pegida – im Vergleich zu nur 21 Prozent in der Gesamtwählerschaft. Auch bei den Nicht-Wählern liegt die Zustimmung zu Pegida mit 36 Prozent deutlich geringer.¹

Während die Dresdner Politikwissenschaftler Werner J. Patzelt² und Hans Vorländer³ in die politische und mediale Debatte um Pegida gleichsam qua Amt hineingezogen wurden (oder sich haben hineinziehen lassen), war es für die Göttinger Demokratieforscher von Vorteil, dass es die Ereignisse aus größerer Distanz beobachten konnten. Bei plötzlich und unerwartet auftretenden Erscheinungen wie Pegida befinden sich Sozialwissenschaftler immer in einer Zwickmühle. Auf der einen Seite erwarten Politik und Öffentlichkeit von ihnen Erklärungen und möglichst konkrete Handlungsempfehlungen, auf der anderen Seite sollen sie einen nüchternen Blick bewahren, statt Spekulationen solide empirische Befunde abliefern und sich vor Schnellschüssen hüten. Dass auch gestandene Politologen kurzfristigen Hypes mitunter (zu) leicht erliegen, hat das Beispiel der Piratenpartei gezeigt, zu der 2013 binnen weniger Monate mindestens ein halbes Dutzend Buchpublikationen vorlagen.

Weil sie diese Probleme reflektieren, ist den Göttinger Autoren mit ihrem (durch die mit aufgenommenen Fotos) zudem ansprechend aufgemachten Band eine beachtliche erste Bestandsaufnahme zu Pegida gelungen.⁴ Ihre Studie leistet im Wesentlichen dreierlei: erstens rekonstruiert sie die Entstehung von Pegida, ihre Organisation und die sie tragenden Personen, zweitens analysiert sie die sozialstrukturelle Zusammensetzung, Motive, Werthaltungen und politischen Einstellungen der Pegida-Teilnehmer und drittens versucht sie in der Auseinandersetzung mit der medialen Rezeption (auch im Ausland) und wissenschaftlichen Diskussion Interpretationen und Erklärungen für das Protestphänomen anzubieten.

Die Autoren sind zwar weit davon entfernt, Sympathie für die Pegidisten zu äußern. Sie hüten sich aber zugleich davor, die Anhänger der Bewegung als dumpfe Fremdenfeinde oder Demokratiegegner abzustempeln. Stattdessen schließen sie sich der in der Rechtspopulismusforschung verbreiteten Deutung an, wonach es sich um Reaktionen auf Modernisierungsprozesse handelt, die wachsende Teile der Bevölkerung als Überforderung wahrnehmen.⁵ Adressat des populistischen Protests sind die dafür verantwortlich gemachten gesellschaftlichen und politischen Eliten, denen („nicht ohne Grund“, wie die Autoren am Ende schreiben), der Vorwurf gemacht wird, dass sie eine von den Bürgern abgeschottete eigene Kaste bildeten und ihre Fähigkeit der politischen Ansprache verloren hätten.

Die Motive des Protestes lassen sich vielleicht mit dem Begriffspaar Unsicherheit und Unbehagen am besten umschreiben. Unsicherheit bezieht sich dabei mehr auf die soziale Situation, also die Sorge vor Wohlstandsverlusten, während Unbehagen auf kulturelle Entfremdungsgefühle abzielt, den Verlust vertrauter Ordnungsvorstellungen und Bindungen. Dass die Angst vor den Fremden nicht unbedingt dort am größten ist, wo die meisten Fremden leben, ist keine neue Erkenntnis. Durch Pegida ist sie jetzt noch einmal ins Bewusstsein gerückt worden.

Es scheint nicht unangebracht, Pegida als Ausdruck derselben rechtspopulistischen Grundstimmung in weiten Teilen der ostdeutschen Wählerschaft zu deuten, die der AfD bei den Landtagswahlen im Spätsommer 2014 zweistellige Ergebnisse einbrachte. Ob Pegida ohne die „Vorarbeit“ der AfD in dieser Form entstanden wäre und einen so starken Zulauf gehabt hätte, ist fraglich, wenngleich das stark konservativ geprägte Umfeld der sächsischen Politik, die Anknüpfungspunkte im organisierten rechtsextremen Milieu und der spezifische Dresdner Opferstolz am Erfolg sicherlich großen Anteil hatten. Betrachtet man die Entstehungsgeschichte der AfD genauer, zeigt sich zudem, dass diese bei ihrer Gründung im April 2013 auf schon länger vorhandene Vorfeldorganisationen zurückgreifen konnte (etwa das Bündnis Bürgerwille oder das fundamental-christliche Kampagnennetzwerk Zivile Koalition).⁶ Auch die Sarrazin-Debatte im Jahre 2010 dürfte maßgeblich mit dazu beigetragen haben, den diskursiven Raum für den Rechtspopulismus zu öffnen. Dieser ist in der Bundesrepublik also keineswegs plötzlich vom Himmel gefallen.

Offizielle Solidaritätsadressen, Unterstützungsbekundungen oder eine Einladung zur Zusammenarbeit mit Pegida blieben von Seiten der AfD aus, weil man die Sorge hatte, mit etwaigen rechtsextremen Tendenzen sowohl in der Organisation der Protestbewegung als auch unter den Demonstrationsteilnehmern in Verbindung gebracht zu werden. Wenn sich der Protest demnächst „totläuft“ und Pegida damit in sich zusammenfällt, so könnte einer der Gründe dafür ironischerweise gerade im Vorhandensein der AfD liegen. Mit ihr haben Protest und Unzufriedenheit der „Wutbürger“ in das Parteiensystem ja bereits Einzug gehalten haben, sodass diese über eine kontinuierlich vernehmbare, politisch wirksame Stimme verfügen. Welches bessere Ziel könnte und sollte eine Bewegung wie die Pegida verfolgen?

Anmerkungen

- 1 TNS Infratest, Januar 2015.
- 2 Werner J. Patzelt, Was ist PEGIDA – in Dresden und anderswo?, in: Forum Politikunterricht 28 (2015) H. 1, S. 34-36.
- 3 Hans Vorländer u.a., Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Umfrage unter PEGIDA-Demonstranten in Dresden, Dresden 2015.
- 4 Für eine wertvolle Zusammenfassung der bisher vorliegenden Studien vgl. Karl-Heinz Reuband, Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, 21 (2015), S. 133-143.
- 5 Vgl. Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus, 2. Aufl., Opladen 2004, S. 195ff.
- 6 Vgl. David Bebnowski, Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Wiesbaden 2015, S. 19ff.